

Dossier kontrapunkt

Lernen aus der Krise.

Auf dem Weg zu einer Verfassung des Kapitalismus

Teil 3: Ethische Grundlagen einer erfolgreichen globalen Wirtschaft

3.1. Auf der Suche nach Grundsätzen einer vernünftigen Globalisierungspolitik

Peter Ulrich

Globalisierung ist ein machtvoller Prozess der umfassenden Veränderung des Verhältnisses von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Dass dieser Prozess im Gang ist, ist nicht einfach eine Tatsache, die naturwüchsig wie das Wetter über uns kommt, sondern immer schon Konsequenz einer *Politik* der Globalisierung. Unter Schlagworten wie „Liberalisierung“, „Deregulierung“ und „Privatisierung“ wurde buchstäblich die Entgrenzung von Märkten vorangetrieben. Den „Globalophilen“ erschien dies ohne Wenn und Aber als grosse Verheissung. Zu ihnen gehörten auch die meisten Vertreter der neoklassisch geprägten Standardökonomik. So formulierte beispielsweise C. Christian von Weizsäcker (1999: 5) gleich auf der ersten Seite seines Buchs zur *Logik der Globalisierung*: „Der Ökonom glaubt daran, dass Effizienz erwünscht ist. Für ihn war der Prozess der Globalisierung unproblematisch.“

Die Vergangenheitsform im Zitat deutet es an: Längst hat die Globalisierung ihre ethische und politische Unschuld verloren. Spätestens seit der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise drängt sich die Vermutung auf, dass eine voraussetzungs- und grenzenlose, einseitige Globalisierung der Märkte eine „falsche Verheissung“ darstellt – so der Titel des im selben Jahr erschienenen Buchs von John Gray (1999: 114), Professor an der London School of Economics. Als einstiger Berater von Premierministerin Thatcher hat

er schon vor zehn Jahren seine früheren Ansichten über die Globalisierung korrigiert: „Ein freier Weltmarkt tendiert dazu, Kosten zu ‚externalisieren‘, während besser organisierte Wirtschaftssysteme diese ‚internalisieren‘“.

Das heisst nichts anderes, als dass die institutionell entfesselte „Logik der Globalisierung“ (Weizsäcker) ohne Rücksicht auf humane, soziale und ökologische Kosten erfolgt. Und die Politik, die auf nationaler Ebene noch die Rahmenbedingungen privaten Gewinnstrebens vorgab, sieht sich im internationalen Standortwettbewerb weitgehend entmachtet, solange sie nicht ihrerseits auf supranationaler Ebene in die Lage versetzt wird, eine lebens- und gesellschaftsdienliche Weltwirtschaftsordnung zu gestalten und durchzusetzen.

Warum aber wurde diese epochale weltordnungspolitische Aufgabe von den Euphorikern der Globalisierung so lange übersehen oder ausgeblendet? Wie meistens in der Politik finden sich die Gründe in handfesten Interessen und wirkungsmächtigen Doktrinen, die der ideologischen Verschleierung dieser Interessen hinter einer Rhetorik des Gemeinwohls dienen. Zur Debatte stehen somit die ideologischen Grundlagen der real existierenden Weltwirtschaftsunordnung. Der Globalisierungsprozess bedarf einer ideologiekritischen Durchleuchtung seiner „Treiber“ und einer entsprechend tief greifenden ethisch-politischen Reorientierung: Wer betreibt ihn aus welchen Interessen, zu wessen Vorteil und zu wessen Nachteil? Und an welchen Leitideen sollte er um seiner Legitimität und Lebensdienlichkeit willen ausgerichtet werden?

Die Metaphysik des freien Marktes

“Macht keine Geschichten, der Markt wird’s schon richten” – so lautet im Kern die marktmetaphysische Heilsgewissheit. Sie wurzelt in vormodernen schöpfungstheologischen Harmonieüberzeugungen. Gemäss der *altliberalen* Wirtschaftsdoktrin gilt der “freie” Markt als “natürliche” Wirtschaftsordnung, die Anteil an der von Gott bestens eingerichteten Schöpfungsordnung hat. Daher darf darauf vertraut werden, dass hinter dem naturwüchsigen Kräftespiel des Wettbewerbs die “unsichtbare Hand” Gottes – Adam Smiths (1978: 371) berühmte *invisible hand* – in segensreicher Weise waltet. So lehrte etwa der französische Ökonom Frédéric Bastiat (1855: 19, Übers. P.U.) in seinem klassischen Werk *Harmonies économiques*: “Ich glaube, dass Er, der die materielle Welt geordnet hat, auch die Ordnung der sozialen Welt nicht auslassen wollte. Ich glaube, dass Er die frei Agierenden ebenso zu kombinieren und in harmonische Bewegung zu setzen wusste wie die leblosen Moleküle. (...) Ich glaube, es ist für die allmähliche und friedliche

Entwicklung der Menschheit ausreichend, wenn diese Tendenzen ungestörte Bewegungsfreiheit erlangen.”

An die Schlüsse, die Bastiat (1955: 18) daraus zog, glauben die letzten Mohikaner des Marktfundamentalismus noch heute: “Unablässig und ohne Mitleid sollen wir uns deshalb dafür einsetzen, den ganzen Bereich privater Aktivitäten freizusetzen vom Vordringen der [staatlichen, P.U.] Macht; allein unter dieser Voraussetzung werden wir die Freiheit oder das freie Spiel der harmonischen Gesetze gewinnen, die Gott für die Entwicklung und den Fortschritt der Menschheit bereitgestellt hat.”

Die soziale Härte des Wirtschaftsliberalismus

“Ungestörte Bewegungsfreiheit” für “den ganzen Bereich privater Aktivitäten” ist also geboten, “ohne Mitleid” für die Verlierer. Denn moralisch verdächtig sind in diesem Weltbild nicht etwa diejenigen, die rücksichtslos ihren eigenen Vorteil maximieren – neudeutsch „Abzocker“ genannt –, sondern vielmehr die wirtschaftlich Erfolglosen. Gerade im “Geldsegen”, der bei den Tüchtigen eintrifft, manifestiert sich, dass ihr Tun vor Gott wohlgefällig ist. Kein Zufall also, was Max Weber (1988) in seiner berühmten Studie “Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus” beobachtete, nämlich die “auffallend häufige Erscheinung, dass aus [protestantischen, P.U.] Pfarrhäusern kapitalistische Unternehmer grössten Stils hervorgehen.”

Kein Zufall ist auch die auffällige soziale Härte, die den religiös verbrämten Wirtschaftsliberalismus stets gekennzeichnet hat. Schliesslich wäre es eine ketzerische “Anmassung von Wissen” (F. A. von Hayek 1975), die Welt besser einrichten zu wollen als Gott und ihm gleichsam ins Handwerk zu pfuschen. Oder in Adam Smiths (1985: 400) Worten: “Die Verwaltung des grossen Systems des Universums, die Sorge für die allgemeine Glückseligkeit aller vernünftigen und fühlenden Wesen, ist indessen das Geschäft Gottes und nicht des Menschen.” Von da her erklärt sich wohl die kreuzzugartige Verbissenheit, mit der die Wirtschaftsliberalen die sich im “grossen Boom” (Eric Hobsbawm 1977) in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verschärfende *soziale Frage* negierten und ihre Laissez-faire-Doktrin verteidigten. Die katastrophalen Ergebnisse sind bekannt: Proletarisierung der Industriearbeiterschaft, zunehmende politische Radikalisierung – Faschismus auf der einen, Kommunismus auf der anderen Seite –, schliesslich der Zweite Weltkrieg und 45 Jahre eiserner Vorhang in Europa.

Unter dem Eindruck des Kalten Kriegs bildete sich in der Nachkriegszeit immerhin so etwas wie ein “sozialdemokratischer Konsensus” (Ralf Dahrendorf 1979: 147ff.) heraus.

Der kommunistischen Gefahr galt es die Soziale Marktwirtschaft und ihr Credo des “Wohlstands für alle” (Ludwig Erhard 1957) entgegenzustellen. Ordnungstheoretisch untermauert wurde die neue Wirtschaftsphilosophie durch den *Ordoliberalismus*, für dessen Credo folgende berühmte Worte von Wilhelm Röpke (1958: 19) stehen können: “Die Marktwirtschaft ist nicht alles. Sie muss in eine höhere Gesamtordnung eingebettet werden, die nicht auf Angebot und Nachfrage, freien Preisen und Wettbewerb beruhen kann.”

Der globale Standortwettbewerb als Sachzwangargument

Nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus liess die realpolitische Notwendigkeit zur sozialen Einbindung der kapitalistischen Marktwirtschaft als Voraussetzung ihrer Akzeptanzsicherung nach. Nun konnte die in den Augen der Wirtschaftsliberalen immer schon fragwürdige, teilweise (etwa in skandinavischen Ländern) vielleicht tatsächlich etwas gar weit getriebene sozial- und wohlfahrtsstaatliche Entwicklung wieder ungeniert als “unbezahlbar” gebrandmarkt und nach “Deregulierung” gerufen werden. Als ideologische Rechtfertigung bot die fortschreitende Globalisierung der Märkte das Sachzwangargument vom internationalen Standortwettbewerb. Dieser ist immer zugleich ein Wettbewerb der nationalen politischen Rahmenordnungen. Soweit die als Lohnnebenkosten oder Steuern anfallenden Kosten des Sozialstaats die Attraktivität eines nationalen Standorts für das mehr oder weniger frei um die Welt flottierende, anlage- und renditesuchende Kapital mindern, lässt sich die sozialpolitische (und ebenso die umweltpolitische) Einbindung des Kapitalismus als “volkswirtschaftlich schädlich” ausgeben. Das gilt zumindest so lange, wie “die” Volkswirtschaft quasi wie ein Kollektivsubjekt betrachtet und von der gesellschaftlichen Verteilung der Kosten und Nutzen abgesehen wird.

Die weltweiten Folgen des entfesselten globalen Standortwettbewerbs widerlegen diese *kommunistische Gemeinwohlfiktion des Wirtschaftsliberalismus*, auf die Nobelpreisträger Gunnar Myrdal (1976: 48, 113, 188) schon vor nunmehr 70 Jahren hingewiesen hat, allerdings zunehmend. Die statistisch nachweislich immer steilere Einkommens- und Vermögensverteilung zwischen den einzelnen Volkswirtschaften ebenso wie innerhalb von ihnen entlarvt die ausgeprägte Parteilichkeit der Logik des Marktes (vgl. Ulrich 2008: 159ff.).

“Entwicklung als Freiheit”

Längst kann, wer es wirklich wissen will, sich von Erkenntnissen der Entwicklungsökonomie und -soziologie belehren lassen: Eine voraussetzungslose Deregulierung der Märkte ist alles andere als die Basis einer nachhaltigen sozioökonomischen Entwicklung. Nicht die Liberalisierung der Märkte, sondern die *Befreiung der Menschen* aus der strukturellen Ohnmacht, nicht selbst für den eigenen Lebensunterhalt sorgen zu können, ist der entscheidende Hebel. “Entwicklung als Freiheit” lautet denn auch kurz und bündig das Motto des indischen Nobelpreisträgers Amartya Sen (1999) und der Titel seines Hauptwerks in der englischen Originalausgabe. Auf diese von den meisten Fachleuten der Entwicklungszusammenarbeit heute vertretene Einsicht stützt sich mit gutem Grund inzwischen auch das United Nations Development Program (UNDP), das Entwicklungsprogramm der UNO.

Der entscheidende Punkt ist die Ermächtigung (*Empowerment*) der Menschen zur wirtschaftlichen Selbstbehauptung. Das setzt einerseits ihre *Befähigung* durch Bildung und Ausbildung, andererseits ihre *Berechtigung* zur Führung eines selbstbestimmten Lebens und der wirtschaftlichen Betätigung auf der Basis von Bürgerrechten voraus (vgl. Ulrich 2004). Zu diesen gehören neben den elementaren Persönlichkeitsrechten (Freiheits- und Zugehörigkeitsrechte) und den politischen Bürgerrechten (Wahl- und Stimmrechte) unverzichtbar auch sozioökonomische Rechte auf den Zugang zu nötigen Ressourcen wirtschaftlicher Tätigkeit (insbesondere zu Knowhow und Kapital bzw. Kredit) sowie auf die Versorgung mit Grundgütern, ohne die ein menschenwürdiges, nicht demütigendes Leben nicht möglich ist. Vielleicht ist damit in aller Kürze der Leitgedanke einer *anderen Globalisierung* umrissen, der den Kerngehalt einer vernünftigen Kritik an der bisher dominierenden Form von Globalisierung ausmacht: einer Form, die alles Heil von der (nicht ganz) “unsichtbaren Hand” des Weltmarkts erwartet und die soziokulturellen und institutionellen Voraussetzungen einer sinnvollen und legitimen Entwicklung weitgehend missachtet hat.

Weltordnungspolitik – neoliberal

Es ist die epochale Herausforderung des 21. Jahrhunderts, die Weltwirtschaft in eine supranationale Rahmenordnung einzubinden, die im skizzierten Sinne vorrangig den vitalen Bedürfnissen und legitimen Ansprüchen *der Menschen* statt bloss der “freien” Kapitalverwertung dient. Die systematische Konsequenz ist der Primat der Politik vor der Logik des Marktes. Dem steht bis anhin die marktradikale Doktrin entgegen, begrüsst sie doch die Globalisierung der Märkte just deshalb so sehr, weil sie in ihr die Chance für die

Entmachtung der Politik sieht. Die “Disziplinierung” nationaler Politik durch die Sachzwanglogik des globalen Standortwettbewerbs wird von dieser Seite nicht als Problem, sondern als die Lösung fast aller Probleme aufgefasst.

An dieser Stelle ist zunächst eine partielle Ehrenrettung des *Neoliberalismus* angezeigt. Entgegen einem undifferenzierten Gebrauch des Schlagworts “Neoliberalismus”, wie es sich in den Medien durchgesetzt hat, vertritt die neoliberale Konzeption der Ordnungspolitik sehr wohl den Primat der Politik. Diejenigen Globalisierungseuphoriker, die das Heil schlicht in der Entmachtung der Politik sehen, sind in Wahrheit altliberale Markt-fundamentalisten. Eine konsequent neoliberale Position zur Globalisierung lautet anders: Der Staat soll sich zwar vor punktuellen Interventionismus in den Wirtschaftsablauf hüten, aber er hat die Rahmenbedingungen für einen fairen Leistungswettbewerb zu definieren und durchzusetzen: Wirtschaftspolitik ist Rahmenpolitik – dies ist die Quintessenz des „Denkens in Ordnungen“ (Walter Eucken 1990: 19ff.). Belehrt durch die Erfahrung der Selbstvermachtungstendenz “freier” Märkte, begreift der Neoliberalismus im Unterschied zum alten Laissez-faire-Liberalismus die Sicherung offener Märkte und wirksamen Wettbewerbs als notwendige *ordnungspolitische Aufgabe* des Staates. Neben der Bereitstellung der (eigentums-, vertrags- und haftungs-) rechtlichen Voraussetzungen und einer funktionierenden Infrastruktur (öffentliche Güter) befürworten die Neoliberalen daher eine staatliche *Wettbewerbspolitik*, welche den Marktzugang offen und den Wettbewerb intensiv hält. (Die Schweiz hat diesbezüglich im Binnenmarkt durchaus Nachholbedarf.)

Wer funktionierende globale Märkte will, der wird daher als konsequenter Neoliberaler auch eine globale Rahmenordnung befürworten. Auf der supranationalen Ebene bietet sich als zukünftige Instanz einer globalen Wettbewerbspolitik die Welthandelsorganisation (WTO) an.

Weltwirtschaftsordnung – ordoliberal

So weit, so gut. Das Problem ist nur, dass die neoliberale Konzeption dabei auf ein einziges Gestaltungskriterium für “gute” Ordnungspolitik fixiert ist: auf die *Effizienz* des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs. Doch das ist ein ökonomistisch verkürztes Verständnis von guter Politik (vgl. im Einzelnen Ulrich 2008: 361ff.). Denn diese hat es immer auch und wesentlich mit *Gerechtigkeit* im doppelten Sinne von Chancengleichheit (Startgerechtigkeit) und Sicherung menschenwürdiger Lebensbedingungen auch für die Verlierer im Wettbewerb (Ergebnisgerechtigkeit) zu tun. Hier aber sperrt sich der Neoliberalismus gegen sozial-, kultur- und entwicklungspolitische Gestaltungs-

bemühungen, soweit sie durch seine Brille als “effizienzmindernd” eingestuft werden. Indem die ethisch-politische Aufgabe, die Rahmenordnung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs lebens- und gesellschaftsdienlich zu gestalten, auf den Gesichtspunkt der Markteffizienz verkürzt wird, ist der Neoliberalismus in einem ökonomistischen Zirkel befangen. Schon früh hat der grosse theologische Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning (1955: 119) dagegen treffsicher eingewendet, dass “die Massstäbe, nach denen die Wirtschaftspolitik sich auszurichten hätte, nicht aus der Wirtschaft selbst gewonnen werden können.”

Hier führt eine Unterscheidung der Ordoliberalen, namentlich von Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow, weiter. Gute Ordnungspolitik ist zweistufig zu denken: Die Wettbewerbspolitik ist zwar unverzichtbar, aber sie ist systematisch nachrangig gegenüber einer umfassenderen, unmittelbar an Kriterien des guten Lebens und gerechten Zusammenlebens der Menschen orientierten *Vitalpolitik*. Diese zieht nach Rüstow (1955: 74) “alle Faktoren in Betracht ..., von denen in Wirklichkeit Glück, Wohlbefinden und Zufriedenheit des Menschen abhängt.” Damit ist die neoliberale Engführung der ordnungspolitischen Aufgabe durchbrochen – es entsteht gedanklich Raum für eine der Wettbewerbspolitik vor- oder zumindest “widergelagerte Gesellschaftspolitik” (Röpke 1944: 85). Deshalb betonen die Ordoliberalen, “dass der *Marktrand*, der Marktrahmen, das eigentliche Gebiet des Menschlichen ist, hundertmal wichtiger als der Markt selbst” (Rüstow 1961: 68; vgl. dazu auch meinen Beitrag „Die Finanz- und Wirtschaftskrise als normative Orientierungskrise“ in diesem Band). Anders gesagt: Der Markt kann nicht wissen, wofür er effizient sein soll – das müssen wir ihm mittels geeigneter normativer Vorgaben und Anreizstrukturen schon selbst sagen!

Das Postulat einer supranationalen Vitalpolitik

Was folgt daraus für eine vernünftige Globalisierungspolitik? Die systematische Konsequenz ist im Prinzip einfach zu formulieren: Globale Märkte bedürfen der doppelten weltweiten Einbindung – in eine supranationale Vitalpolitik ebenso wie in eine supranationale Wettbewerbspolitik (vgl. Ulrich 2001). Was allerdings noch immer weitgehend fehlt, sind wirkungsmächtige Instanzen einer supranationalen Vitalpolitik, die weltweite Menschen- und (Wirtschafts-) Bürgerrechte sowie humanitäre, soziale und ökologische Minimalstandards eines fairen Wettbewerbs gegen die “Sachzwänge” des Standortwettbewerbs durchsetzen können.

Die entscheidende Frage ist dabei weniger, ob dafür eine oder mehrere separate supranationale Instanzen – etwa im Rahmen der UNO – zu schaffen oder diese Aufgaben in die

WTO zu integrieren sind. Entscheidend dürfte vielmehr sein, dass in immer mehr Ländern und in immer breiteren Bevölkerungskreisen ein tragfähiges *weltbürgerliches Bewusstsein* wächst. Denn nur auf seiner Basis wird es vorstellbar, dass alle Menschen auf diesem Planeten sich wechselseitig das moralische Recht auf die sozioökonomischen Voraussetzungen eines menschenwürdigen Lebens in real lebbarer Freiheit zuerkennen. Erst daraus kann allmählich der politische Wille zu einer “zivilisierten” Globalisierungspolitik wachsen, die für kulturelle Differenzen gleichermassen sensibel ist wie für das, was alle Menschen verbindet. Der Lernweg zu einer solchen Weltwirtschaftsordnung wird lang und steinig sein, aber es handelt sich wohl um *die* epochale Herausforderung des 21. Jahrhunderts.

Literaturverzeichnis

- Bastiat, F. (1855): *Harmonies économiques, Oeuvres complètes, tome VI, 3ième éd.*, Paris.
- Dahrendorf, R. (1979): *Lebenschancen*, Frankfurt a.M.
- Erhard, L. (1957): *Wohlstand für alle*, Düsseldorf.
- Eucken, W. (1990): *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 6. durchg. Aufl., hrsg. v. E. Eucken und K.P. Hensel, Tübingen (1. Aufl. 1952).
- Gray, J. (1999): *Die falsche Verheissung. Der globale Kapitalismus und seine Folgen*, Berlin (engl. 1998).
- Hayek, F. A. von (1975): *Die Anmassung von Wissen*, in: *Ordo, Jahrbuch für die Ordnung der Gesellschaft*, Bd. 26, Stuttgart, S. 12-21; wiederabg. in: ders., *Die Anmassung von Wissen. Neue Freiburger Studien*, hrsg. v. W. Kerber, Tübingen 1996, S. 3-15.
- Hobsbawm, E.J. (1977): *Die Blütezeit des Kapitals. Eine Kulturgeschichte der Jahre 1848-1875*, München.
- Myrdal, G. (1976): *Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung*, 2. Aufl., Bonn-Bad Godesberg (1. dt. Aufl. Berlin 1932).
- Nell-Breuning, O. von (1955): *Neoliberalismus und katholische Soziallehre*, in: Boarman, P.M. (Hrsg.), *Der Christ und die soziale Marktwirtschaft*, Stuttgart/Köln, S. 101-122.
- Röpke, W. (1944): *Civitas humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform*, Erlenbach-Zürich.
- Röpke, W. (1958): *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, 2. Aufl., Erlenbach-Zürich.
- Rüstow, A. (1955): *Wirtschaftsethische Probleme der sozialen Marktwirtschaft*, in: Boarman, P.M. (Hrsg.), *Der Christ und die soziale Marktwirtschaft*, Stuttgart/Köln, S. 53-74.
- Rüstow, A. (1961): *Paläoliberalismus, Kommunismus und Neoliberalismus*, in: Greiss, F./Meyer, F.W. (Hrsg.), *Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Festgabe für Alfred Müller-Armack*, Berlin, S. 61-70.
- Sen, A. (1999): *Development as Freedom*, Oxford (dt.: *Ökonomie für den Menschen*, München/Wien 2000).
- Smith, A. (1978): *Der Wohlstand der Nationen*, hrsg. v. H.C. Recktenwald, München (engl. Orig. 1776).
- Smith, A. (1985): *Theorie der ethischen Gefühle*, hrsg. v. W. Eckstein, Hamburg (engl. Orig. 1759).
- Ulrich, P. (2001): *Von der Metaphysik des Weltmarkts zur globalen Vitalpolitik. Ein wirtschaftsethischer Orientierungsversuch*, in: *Zeitschrift für Politik* 48, S. 375-396.
- Ulrich, P. (2004): *Was ist „gute“ sozioökonomische Entwicklung? Eine wirtschaftsethische Perspektive*, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik* 5, S. 8-22.
- Ulrich, P. (2008): *Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie*, 4. neu bearb. Aufl., Bern/Stuttgart/Wien.
- Weber, M. (1988): *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*, in: ders., *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*, 9. Aufl., Tübingen, S. 17-206 (orig. 1904/05).
- Weizsäcker, C. Ch. von (1999): *Logik der Globalisierung*, Göttingen.